

haben in der Sozialdemokratischen Partei schon lange nichts mehr zu suchen. Eine Partei, in der nach den Feststellungen der letzten Wahlen die Arbeitervertreter die Politik des Unmenschen, die Partei des Proletariats. Die jährlichen Arbeiterkongresse haben sich aber auch überlegen, ob es für sie noch möglich ist, mit diesen Linien, die sofort bereit waren, die Partei zu verlassen, als Vertreter Bezeichnungen freundschaftlich wieder anzunehmen, sich mit ihnen auszusöhnen, zusammenzugehen zu können. Jeder ehrliche Arbeiter wird erklären, daß er dieser ganzen Gesellschaft, ob Linke oder Rechte, schnellstens den Rücken wendet und die Partei des Arbeiterverrats und der Schwächlinge verlassen muß.

Nicht nur in der schwächlichen Haltung, in der Bereitschaft zu jedem Kompromiß gegenüber den Rechten wurde gesteuert die Stellung der sozialdemokratischen Kinderheit belächelt, sondern auch in den Ausführungen, die der Abgeordnete Edel insbesondere zu den Kammerleuten in der gestrigen Landtagsführung machte. Während die Kommunisten mit ihrer Kammerleutenforderung für die proletarischen Klassenkämpfer, für die bessere Behandlung der politischen Gefangenen kämpften, führte Edel, zwar mit gutem Material ausgestattet, einen „Kampf“, aber nur um die Befreiung Feigens und um die Rechte der republikanischen Beamten gegen die reaktionäre Beamtenliste. Die Linken traten auf als die Vertreter des gemäßigten Bürgerturns gegen den reaktionären. Von Klassenkampf wollen diese Buchstaben genau so wenig wissen wie die Rechten.

Aber alle diese tapferen Beweise, daß sie doch auf einer Linie mit den Rechten stehen, konnte diese nicht rühren, mit den Linken sich auszusöhnen. Die „offene Bruderhand“ wurde schroff zurückgewiesen. Der freudigen Bereitschaft der Linken, sich mit den Agenten der Bourgeoisie, den Lakaien des Kapitals, den Hausknechten der Reaktion auszusöhnen, wurde die kalte Schulter gezeigt.

Die Arbeiter Sachens stehen nun vor einer Wahl, die ihnen nicht mehr schwer fallen kann. Auf der einen Seite die 23 und auf der anderen Seite die politisch charakterlosen und im Grunde gleich eingestellten „Linke“. Gleiche Kräfte, gleiche Kappen! Mit diesen und ihrer Partei bindet die Arbeiter nichts.

Deswegen heraus aus dieser Partei! Kämpft mit der SPD!

Tapfere Söhne großer Väter

Wie schlägt das Reichsbanner die Republik?

Die Demokratische Partei enthält in sich bekanntlich die unersäthlichen Kämpfer der Freiheitskämpfer von 1848. Und ebenso bekanntlich befehlt sie sich zumachen mit Schwarz und Rot mit dem Schutz der Republik, wobei Herr Gehler und seine Kackhellen bereits die schönsten Erfolge gegen die Arbeiter aufweisen können.

Bisher haben die Kommunisten den wichtigsten Republikanismus den Vorwurf gemacht, daß sie nicht gegen die Deutschnationalen kämpfen. Welch niederträchtige Verleumdung! Sie ist zurückgewiesen! Auf dem Parteitag der Demokratischen Partei hat der Reichstagsabgeordnete Erich Koch gezeigt, wie die Demokratie ihre Tradition wahr. Nach dem offiziellen Bericht der „Voll.“ hat er sich folgendermaßen geäußert:

Die Taktik der demokratischen Fraktion gegenüber der Außenpolitik (der deutschnationalen Reichsregierung) werde zurückhaltend sein. Deber werde sie durch vorzeitige Zustimmung der Rechten die Verantwortung abnehmen, noch werde sie dem Ministerium bei den kommenden Verhandlungen von vornherein Knüttel zwischen die Beine werfen. Aufgabe einer Partei und bewussten Opposition sei es vielmehr, die Regierung warnen zu lassen und sich hinterher über das Schicksal mit ihr abzusprechen zu unterhalten.

Uf das nicht ein heroischer Kampf? Diese demokratische Opposition zusammen mit der zentralistischen Nächstenliebe zu den Monarchisten und den zahlreichen Beweisen, die die Sozialdemokratie dafür geliefert hat, daß die Sprüche vom Schädelentsagen nur gegen die Kommunisten gilt — wahrhaftig, ein solcher „Voll.“ muß gegen deutschnationale Reichsrunder- und monarchistische Gesetze freigeht sein!

Auf diese vehemente Opposition muß man wirklich das Meiste einer Jungfrau anwenden, die sich ohne Widerstand vergemaltigen läßt, um nachher mit launigen Worten ihre Keuschheit zu verteidigen. Nur daß der Volksmund eine derartige Geule von „Jungfrauen“ mit einem Namen belegt, der zwar weniger wohlklingend ist, dafür diese „Opposition“ aber desto treffender kennzeichnet!

Das Zentrum verlangt die Beseitigung des Wahlrechts

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Germania“ fordert in einem Leitartikel von der Luther-Regierung energisch die Beseitigung des Reichstagswahlrechts. Um was es dem Organ für die demokratische Republik geht, geht daraus hervor, daß es die Sozialdemokraten beschwört, sie sollten doch ja mit von der Partie sein, denn der Zentrumswahlrechtsantrag läme doch nur ihnen zugute, da dadurch die Kommunisten aus dem Parlament ausgeschaltet würden. Die jetzigen Wahlrechte mit den Parteilisten sollen beseitigt werden, damit die „Persönlichkeit“ zur Geltung kommen soll. Das Wahlalter soll auf 25 Jahre heraufgehoben werden. Also noch reaktionärer als vor dem Krieg.

Bürgerliche Wissenschaftler gegen die 30%

Am Montag trat der vom handelspolitischen Ausschuss des Reichstages eingesetzte Ausschuss für die Agrar-Enquete zusammen. Der Ausschuss, der aus Sachverständigen und Abgeordneten zusammengesetzt ist, soll ein Gutachten über Notwendigkeit und Wirkung der Agrarzölle abgeben. Trobden natürlich feststeht, daß sich das Industrie- und Agrarapital durch das Urteil dieses Ausschusses in keinem Willen, die Agrar- und Industriezölle durchzusetzen, nicht beeinflussen lassen wird, ist die Stellungnahme der ersten bürgerlichen Wissenschaftler zu den Agrarzölle von Bedeutung. Und, was bereits aus den Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats bekannt ist, die führenden Wissenschaftler wenden sich gegen die Agrarzölle. Nicht etwa vom parlamentarischen Standpunkte aus kommen sie zu diesem Schluss, sondern vom bürgerlichen, vom kapitalistischen Standpunkt aus erklären sie: die Zollpolitik führt zur Restriktion für die Wirtschaft und verzichtet die Konsumkraft in Deutschland. Das war das Ergebnis des ersten Referats über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, des Professor Schring hielt, eine erste Zusammenfassung. Natürlich zog er daraus keine Schlüsse. Er kommt zu folgendem Kompromiß: Getreidezölle sind zur Zeit unvermeidlich, es sind aber Getreidezölle herabzusetzen, sogenannte Zwischenzölle; zum Ausgleich sollen Agrarzölle auf sogenannte Berechnungsergebnisse, Rohprodukte, Gemüse usw. eingespart werden. Natürlich sprach sich der Sachverständige

Professor Schring hätte unter anderem aus, daß seit Jahrzehnten eine Preissteigerung der Bodenzeugnisse zu verzeichnen ist, was durch einige Agrarfraktionen unterbrochen wurde. Die Preissteigerung hat sich gestoppt. Man kann sagen, die Agrarzölle ist zu Ende, und mit großer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß die Getreidepreise für die Zukunft wieder steigen, genau wie vor dem Kriege. Zu demselben Ergebnis kommt eine englische Enquete. Zwar wird darin gesagt, daß mit Rücksicht auf zu rechnen ist, aber selbst das glaube ich nicht. Die Dinge liegen heute anders, als in den letzten Jahren, als ich ein Führer für die Agrarzölle war.

Die Genossen Haerz und Dr. Alexander gänger auf die Fragen, die die kommunistische Fraktion an diesen Ausschuss stellte, ein. Die Fragen lauten folgendermaßen:

In welchem Maße müssen die vorgeklagten Industriezölle zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, und in welchem Maße müssen die landwirtschaftlichen Zölle zur Erhöhung der industriellen Produktionskosten beitragen? Was soll geschehen, um die auf Export angewiesene Industrie trotz erhöhter Produktionskosten leistungsfähig zu erhalten?

Wird nicht die Ausweitung der Auslandskonkurrenz in den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Industriezweigen zu einer Ausweitung jeder Konkurrenz überhaupt und damit zu einem produktionshemmenden Preismonopol führen? In welchem Maße besteht die Gefahr der Dumping-Ausfuhr auf Kosten der inländischen Verbraucher?

Darauf antwortete Schring, daß er ganz der Meinung sei, daß wir mit den Hochzöllen einen gefährlichen Weg gehen. Denn, wenn wir in mechanischer Weise auf Industriezölle mit Agrarzölle antworten, dann erhöht damit automatisch ein Produkt des Preils des anderen. Es führt zu nichts, wenn wir unsere Grenzen mit Zöllen verbauen, das können wir nicht ertragen, es bringt den Zusammenbruch. Auf einen Jurist Richters erklärte Schring dann: Wenn ich Landwirt wäre, würde ich gegen die unerschämten Industriezölle ankämpfen. (1).

Das Ergebnis dieser ersten Sitzung der Enquetekommission des Reichstages brachte eine Niederlage der Zollwächter. Die Kommission wird eine Woche lang tagen.

An die Parteidelegierten!

Der nächste Parteitag der SPD wird eröffnet am Sonntag, den 12. Juli 1925, vormittags 11 Uhr im Plenum des preußischen Landtages (Eingang Prinz-Albrecht-Straße).

Am Abend um 7 Uhr findet eine Eröffnungsveranstaltung im Großen Schauspielhaus (nahe Bahnhof Friedrichstraße, am Zirkus, Karlstraße).

Für Parteimitglieder werden täglich Fahrkarten ausgeben. Auswärtige Genossen sollen sich vorher beim Organisationsbüro melden.

Für Delegierte und Gäste ist im Landtag, Zimmer 18, eine Weidestube eingerichtet, welche bereits ab Sonnabend, den 11. Juli 1925, mittags 12 Uhr (bis abends 10 Uhr), Delegierten- und Gästeforten ausweist und die Quartiere anweist.

Für Telefon-, Telegramm- und Briefverkehr ist eine Postkammer des Parteitag im Landtaggebäude eingerichtet. Telefonnummern: Berlin-Zentrum 9041 bis 9046 und 3196 bis 3199. Telegrammadresse: Preußischer Landtag Parteitag Berlin.

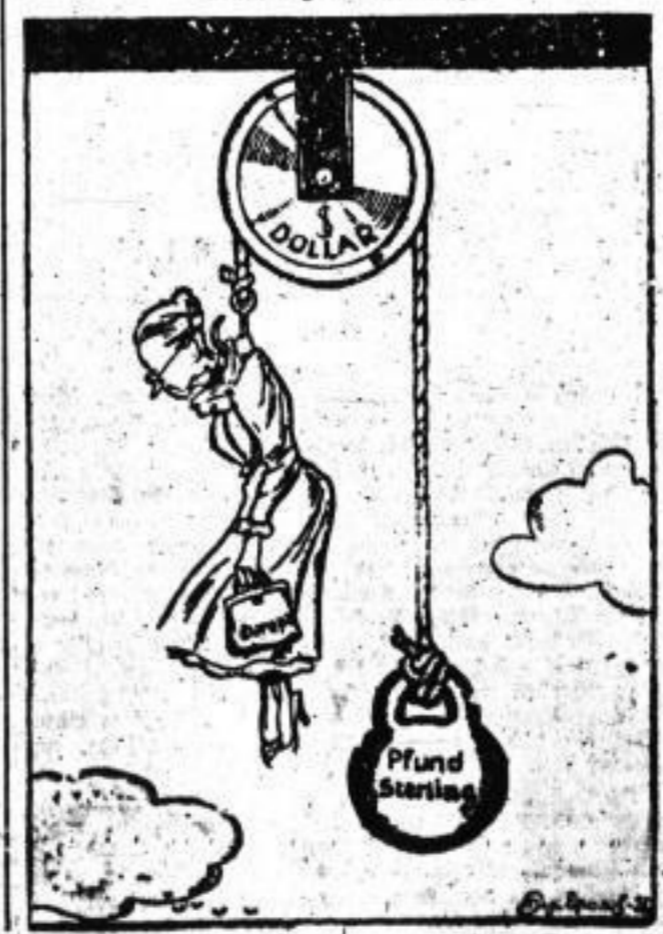
Die Reichsrauentouren

findet am Sonnabend, den 11. Juli 1925, vormittags 10 Uhr, im Landtag Saal 17a (Eingang Prinz-Albrecht-Straße) statt. Früher ankommende Delegierteinnen werden sich Kolonnenstraße 38 (Hol) Abteilung Frauen.

Die Räuber schaffen „Ordnung“ in China

Paris, 8. Juli. (Teleunion.) In der Kammer fragte ein Abgeordneter den Außenminister Briand über die Abkommen, die Frankreich mit Amerika, England und Japan über China abgeschlossen habe. Briand antwortete, durch die Abkommen soll die Selbständigkeit Chinas gewahrt werden. Außerdem soll in China wieder Ordnung hergestellt werden, um eine feste Regierung zu ermöglichen, die das Land aus dem Chaos herausziehen könne. Briand erklärte weiter, in spätestens drei Monaten wird eine Konferenz einberufen, um die allgemeine Lage zu klären. Frankreich hat China gegenüber bisher eine Politik der traditionellen Freundschaft verfolgt und denke nicht daran, sich davon abzuwenden. Es sei wahrscheinlich, daß Rußland auf ein Abkommen mit China hingsiehe.

Dollar-Regen über Europa



Glasarbeiterausperrung

In Preußen des Glasindustrieunternehmens Gruppe 4, auslösend die Dete Demit-Thunig, Bismarckwerde, Kadeberg, Kamenz und andere Orte, sind seit gestern die Glasarbeiter ausgeperrt, weil sie sich weigerten, die auf wofferes möglich eine Stunde Mehrarbeit zu leisten.

Reformistenbebe gegen die Rußland-Delegationen

Endlich haben die ADGB-Leute Stellung genommen zu den Rußland-Delegationen. In eine Notiz, die der Bezirksausschuss Sachsen des ADGB in der SPD-Presse erscheinen läßt, werden die Arbeiter aufgefordert, sich an den Sammlungen für die Rußland-Delegation nicht zu beteiligen. Obgleich die Frage der Rußland-Delegation schon monatelang in der Presse und in Betriebs- und Gewerkschaftssammlungen diskutiert wurde, nimmt erst jetzt, kurz vor der Abreise der Delegationen, der ADGB öffentlich Stellung dazu. Warum? Ein Artikel der „Arbeiterzeitung“ vom 7. Juni 1925 gibt darüber den näheren Aufschluß. In der Nummer 23 dieser Zeitung ist ein Artikel enthalten mit der Überschrift: „Sowjetrussische Betriebsräteauswahl“. Darin lassen einige Zitate aus diesem Artikel folgen:

„In das russische Dunkel kommt Licht. Was Politiker und Betriebsräte bisher nicht gelungen ist, das werden deutschen Betriebsräte gelingen. Zweifelst jemand?“

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 23. Juni bringt kritisch einen Bericht über eine Münchener Betriebsraterversammlung, die mit großer Mehrheit die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland beschlossen hat.

Weiter unten heißt es dann:

„Aber die Sache scheint uns doch eine etwas ernste Seite zu haben. Die kommunistische Propaganda wird in allen Mitteln angelegt, und durchaus nicht angeht. Die Vorbereitungen zu solchen Studienkommissionen sind offensichtlich an den verschiedensten Orten durchgeführt. An ihren Zustandkommen ist nicht zu zweifeln. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei scheinen ratlos — anders, falls wäre es nicht zu erklären, daß sich ihre Presse feierlich Kritik gestattet. In wenigen Monaten wird in Versammlungen und gedruckten Zeitungen ein Bild der russischen Betriebsratensituation entworfen werden. Die kommunistische Idee wird neue Nahrung bekommen, und ein neuer Aufschwung im Innern scheint in Vorbereitung. Uebrigens will uns scheinen, daß auch die Zeit eines solchen nicht ungünstig gewählt wird.“

Bis zum Herbst dürften die Kommissionen zurück sein. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich bis dahin aber auch die jetzige Gewerkschaftspolitik in eine ernste wirtschaftliche Krise auswirken. Dann finden die kommunistischen Wähler einen fruchtbaren Boden, eine weitere Vorbereitung zur Weltrevolution, zumindest eine neue Revolutionierung der deutschen Arbeiterklasse wird sich leichter und müheloser durchführen lassen. Gegenüber einem so fein und sorgfältig eingeschalteten Plan heißt es auf dem Hut zu sein. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften dürfte weniger einem Einverständnis mit den Plänen von Sowjetrußland und den Betriebsräten entsprechen, als vielmehr einer Furcht und Missetung. Umso bedenklicher aber ist das Unternehmen.“

Hier haben wirs also. Die Unternehmer wünschen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gegen die Rußland-Delegationen deutscher Arbeiter Front machen, und klugs führt der ADGB, den Befehl der Unternehmer aus. Der ADGB-Leute haben die Idee, daß die Arbeiter, die als Delegierte nach Rußland kommen, das bisherige Verhältnis der SPD- und der Gewerkschaftsbürokratie über Sowjetrußland als eitel Lug und Trug erkennen und bei ihrer Rückkehr die deutschen Arbeiter über die wirklichen Verhältnisse in Rußland unterrichten könnten. Der Landesausschuss des ADGB entbiudet sich nicht, zu schreiben:

„Solche Delegationen, die ohne jeden Plan, lediglich auf Vernalassung irgendwelcher kommunistischer Instanzen, nach Rußland reisen, hat natürlich nicht in der Lage, die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland kennenzulernen, sondern nur vorwiegend auf die Berichte der russischen Behörden angewiesen und können das nur sehen, was man ihnen zu zeigen beliebt.“

Damit bringen diese Leute zum Ausdruck, daß die Arbeiter, die als Delegierte nach Rußland fahren, lauter Dummköpfe seien und sich an der Rolle herumführen lassen. Doch das ist nicht das Schlimmste. Das Gemeinste an der Sache ist, daß man die russischen Behörden vorweist, daß sie die Delegierten nur dahin führen, was für die Sowjetregierung gerade bequem ist. Der Bericht, den die englische Gewerkschaftskommission herausgegeben hat, belehrt uns eines anderen. Darin heißt es auf Seite 26 im zweiten Abschnitt:

„Wir konnten ohne Schwierigkeiten die verschiedensten Meinungen hören. Jedes Mitglied der Delegation war berechtigt, alle Regierungsgebäude, Fabriken, Klubs, Krankenhäuser, Polizeiwachen, Gefängnisse oder Privathäuser ohne Führung und unangemeldet zu besichtigen.“

Was der englischen Delegation zugestanden wurde, wird auch der deutschen Delegation zugestanden. Damit brechen die Verleumdungen der ADGB-Leute eben zusammen.

Wie schon gesagt, der Zweck der ADGB-Folge ist, die Arbeiter davon zurückzuhalten, die wahren Verhältnisse Sowjetrußlands kennen zu lernen. Die SPD-Delegierten im Bezirk Erzgebirge-Bohland haben demgegenüber erklärt, daß sie mag kommen, was da wolle — sie auf alle Fälle der Delegation angeschlossen werden. Sie wollen sich selbst über die wahren Verhältnisse in Rußland überzeugen und den deutschen Arbeitern über die wirklichen Verhältnisse bei ihrer Rückkehr Bericht erstatten. Damit dürfte den beachtlichen Absichten der Gewerkschaftsbürokratie ein vernichtender Schlag veretzt sein.

Die Deutschen der SPD glauben, wenn sie die Arbeiter anrufen, sich an den Sammlungen nicht zu beteiligen, daß sie dadurch die deutschen Delegation zugestanden. Auch das will ihnen nicht gelingen. Gerade erst recht, mit erhöhtem Eifer muß gesammelt werden in allen Betrieben und Gewerkschaften für die Rußland-Delegation.

Fernan, Kolleginnen und Kollegen, aus Wer! Sammelt für die Rußland-Delegation!

Schickt sofort Sammelgelder für die Rußland-Delegation. Die vier städtischen Gewerkschaften haben am 8. Juli von Dresden ab. Da alle Gewerkschaften verpflichtet sind, muß der Unterhalt der Familien sichergestellt werden.

Arbeiterauswahl für Rußland-Delegation Offizieren.